**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
BAUEN, STADTENTWICKLUNG
UND ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
33. BSO 2014-2020
Sitzungsdatum:
27.02.2018
Niederschrift

Übach-Palenberg, den 27.02.2018

Unter dem Vorsitz von Oliver Walther versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung von Niederschriften
 - 1.1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017
 - 1.2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2018
 2. Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 6. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
 3. Bebauungsplan Nr. 78 Im Kauert 6. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
 4. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 4. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
 5. Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 124 - Musikschule -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 6. Erneuerung des Rathausplatzes
 - 6.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 GeschO betr. Einberufung einer Einwohnerversammlung
 - 6.2. Erneuerung des Rathausplatzes - Linienfindung
 7. Baumfällungen der regionetz GmbH im Stadtgebiet
 8. Starkregenproblematik Scherpenseel

9. Anregung nach § 24 GO NRW betr. Insektensterben
10. Erweiterungen zur Tagesordnung
11. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

12. Vergabeangelegenheiten
 - 12.1. Regenrückhaltebecken Kreuzgracht - Vergabe Planungsleistung
 - 12.2. Sanierung NW-Räume im Gymnasium - Vergabe Planungsleistung
 - 12.3. Beschaffung von feuerwehrtechnischer Beladung für ein Löschgruppenfahrzeug LF 20
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
 - 12.4. Beauftragung der Pflege des Straßenbegleitgrüns an die Arbeiterwohlfahrt Service gGmbH, Übach-Palenberg
13. Erweiterungen zur Tagesordnung
14. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Claudia Burghardt	SPD	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Fibus
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Johannes Bröhl	CDU	ab 17.04 Uhr (ab TOP 2)
Frau Regina Buckenhofer	CDU	als persönliche Vertreterin für sach- kundigen Bürger Bröhl von 17.00 Uhr bis 17.04 Uhr (bis Ende TOP 1.2)
Herr Jens Meyer	CDU	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig	SPD
--------------------	-----

Herr Sebastian Schröter CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken parteilos

Abwesende Stadtverordnete

Herr Frank Kozian B'90/Die Grünen

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Carla Glashagen parteilos

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Frau Stadtverwaltungsrätin Maria Luise Hermanns
Herr Stadtinspektor Thomas de Jong
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Verwaltungsangestellter Udo Langendorf
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Walther** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, die Zuschauer und den Vertreter der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung vier Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **FDP-USPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung von Niederschriften**

1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 05.12.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2018

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 15.02.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 6. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. (Die Satzung ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: Einstimmig.

Zu 2: Jeweils einstimmig.
(Über die Punkte 1 bis 26 der Abwägungstabelle wurde einzeln abgestimmt.)

Zu 3: Einstimmig.

3 Bebauungsplan Nr. 78 Im Kauert 6.vereinfachte Änderung hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten)
3. Die 6.vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 Im Kauert wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. (Die Satzung ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: Einstimmig.

Zu 2: Jeweils einstimmig.
(Über die Punkte 1 bis 9 der Abwägungstabelle wurde einzeln abgestimmt.)

Zu 3: Einstimmig.

- 4 **Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 4. vereinfachte Änderung**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Die 4.vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 90 Bergarbeitersiedlung Boscheln wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. (Die Satzung ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: Einstimmig.

Zu 2: Jeweils einstimmig.
(Über die Punkte 1 bis 11 der Abwägungstabelle wurde einzeln abgestimmt.)

Zu 3: Einstimmig.

**5 Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 124 - Musikschule -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 124 – Musikschule – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.**
- 2. Das Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 124 – Musikschule - wird beschlossen. (Das Plankonzept ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 124 – Musikschule - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

6 Erneuerung des Rathausplatzes

6.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 GeschO betr. Einberufung einer Einwohnerversammlung

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag.

Ausschussvorsitzender Walther äußerte rechtliche Bedenken bezüglich der Zulässigkeit des Antrages, da für die Einberufung einer Einwohnerversammlung der Rat zuständig sei.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass die Festlegung der Trassenführung verfrüht sei und nicht vor einer Einwohnerversammlung beschlossen werden solle.

Die **Verwaltung** wies auf die avisierte Einwohnerversammlung in der bereits vorgestellten Zeitplanung hin.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, dass sie grundsätzlich die Beteiligung der Bürger befürworte, die Festlegung der Linienführung jedoch aufgrund der Komplexität der Entscheidung vom Ausschuss beschlossen werden müsse. Nach der grundsätzlichen Planungsentscheidung könnten weitere Details, wie die Gestaltung, Änderung der Carolus-Magnus-Straße in eine Einbahnstraße und die Anbindung der Herderstraße in einer Einwohnerversammlung diskutiert werden.

Die **Verwaltung** berichtete, dass sich Vertreter des Aktionskreises Pro Übach gegen die Varianten Carolus-Magnus-Straße als Einbahnstraße und die Abkopplung der Herderstraße ausgesprochen hätten.

Die **SPD-Fraktion** erklärte im Hinblick auf die Ausführungen des Ausschussvorsitzen-

den, dass sie ihren Antrag zurückziehe und einen Antrag an den Rat stellen werde.

6.2 Erneuerung des Rathausplatzes - Linienfindung

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie sich aufgrund der ausführlichen Informationen der Verwaltung und den Rückmeldungen aus der Bürgerschaft für die Variante 1.1 ausspreche. Die Details zur Gestaltung des Rathausplatzes sollten zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, dass die „Westtangente“ auch ihrer Meinung nach die beste Lösung für den Rathausplatz sei, weitere Details sollten mit den Bürgern besprochen werden.

Nachdem die **Verwaltung** Rückfragen der **SPD-Fraktion** beantwortet hatte, wies diese auf drei weitere Fördermöglichkeiten hin und bat die Verwaltung, diese zu überprüfen. Weiterhin erklärte sie, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Es zeichnete sich fraktionsübergreifend ab, dass heute nur über Punkt 1 der Beschlussempfehlung abgestimmt werden soll und insoweit nur zu Punkt 1 eine Empfehlung für die weitere Beratung in HuFA und Rat erfolgen soll.

Ausschussvorsitzender Walther stellte somit zu Punkt 1 der Beschlussempfehlung die Hauptvariante 1 („Westtangente“) zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

1. Linienführung

In der weiteren Planung der Erneuerung des Rathausplatzes soll die Hauptvariante 1 („Westtangente“) weitergeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 4 Enthaltungen.

7 Baumfällungen der regionetz GmbH im Stadtgebiet

Die **Verwaltung** erläuterte die Informationsvorlage und beantwortete Rückfragen der Ausschussmitglieder.

8 Starkregenproblematik Scherpenseel

Die **Verwaltung** erläuterte die Informationsvorlage und beantwortete Rückfragen der Ausschussmitglieder.

9 Anregung nach § 24 GO NRW betr. Insektensterben

Alle Fraktionen begrüßten die Anregung.

Beschluss:

Der Anregung des Antragstellers wird entsprochen.

Der vom Technischen Betrieb für das Jahr 2018 angedachte Maßnahmenkatalog (s. Begründung) wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Grundstückseigentümer werden gebeten, die Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU) im eigenen Garten zu unterstützen. (Der Maßnahmenkatalog ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

10 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

11 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

In Bezug auf eine frühere Anfrage der **SPD-Fraktion** informierte die **Verwaltung**, dass das Hühnerdenkmal in Scherpenseel laut Auskunft der GVV-Kommunalversicherung nicht eingefriedet werden muss.

Weiterhin berichtete die **Verwaltung**, dass im Zusammenhang mit den Bauarbeiten für das Boardinghouse die dort wegfallenden drei Schwerbehindertenparkplätze auf dem dortigen Gelände und in unmittelbarer Nähe am Rathausplatz neu ausgewiesen werden. Jeweils rechts und links neben dem Mäusebrunnen (Em Koddess) werde die Verwaltung vorläufig je einen Parkplatz schaffen.

Die **Verwaltung** informierte, dass die Stadt Übach-Palenberg in einem Bauleitplanverfahren der Stadt Baesweiler zum Repowering von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zum Übach-Palenberger Stadtgebiet zwei negative Stellungnahmen abgegeben habe. Grund dafür seien Richtwertüberschreitungen bei den Immissionen. Sie werde das Verfahren weiterverfolgen und habe darum gebeten, beim Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen beteiligt zu werden.

Anfragen

Anfragen der SPD-Fraktion

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass der Zeitpunkt des Starts des Projekts Erneuerung der Einhardstraße von der Genehmigung des Haushaltes abhängt. Ob den Anwohner inzwischen eine Vorabinformation bzgl. der Kosten zugeleitet wurde, werde überprüft.

Aufgrund von Ausführungen der **SPD-Fraktion** zu blendenden LED-Leuchten in verschiedenen Siedlungsgebieten bat die **Verwaltung**, ihr die betroffenen Straßen zwecks Überprüfung schriftlich mitzuteilen.

Auf Anregung der **SPD-Fraktion** sagte die **Verwaltung**, dass sie den Vorschlag, auf

der Wurmthalbrücke die nicht auf LED umgerüsteten Laternenmasten (jede zweite Leuchte) nicht direkt zu entfernen, gerne aufgreife.

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** erklärte, die **Verwaltung**, dass sie den Feldweg zwischen der Einhardstraße und der Von-Liebig-Straße regelmäßig kontrolliere und Schlaglöcher zuschütte. Die Verwaltung führe Gespräche mit den ansässigen Landwirten, um die Beschädigungen zu reduzieren.

Anfrage der FSP-USPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **FSP-USPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die zwei Spielhallen auf der Kirchstraße nicht geschlossen werden müssen. Die Verwaltung sei mit der Umsetzung des neuen Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag NRW fast fertig, nur noch zwei Spielhallen seien im Genehmigungsverfahren.

Ausschussvorsitzender Walther schloss um 18.35 Uhr die öffentliche Sitzung.

Walther
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin